



SARAH WIENER

Was bewegt die Köchin und Unternehmerin, bei der EU-Wahl für die Grünen zu kandidieren. **Seite 3**



EUROPA

Wir haben zehn Gründe zusammengestellt, wieso es sich lohnt, Mitglied in der EU zu sein. **Seiten 4/5**



SEEZUGANG

Ans Ufer unserer heimischen Seen zu gelangen, darf nicht Privileg einzelner Privater sein. **Seite 6**

OÖ.PLANET

GRÜNE ZEITUNG FÜR OBERÖSTERREICH

AUSGABE NR. 102
22. JAHRGANG | MAI

OÖ.PLANET NR. 04/2019 | PREIS: € 1,-
ÖSTERREICHISCHE POST AG | MZ 02Z031264 M
DIE GRÜNEN | LANDESGRUPPE OÖ | 4040 LINZ | LANDGUTSTR. 17
RETOUREN AN POSTFACH 555 | 1008 WIEN



Europa am Scheideweg!

Die EU-Wahl ist vor allem eine Klimawahl. Mehr über das Grüne Spitzenteam Werner Kogler und Sarah Wiener auf Seite

02 – 03

ZUGESPITZT

Europa braucht dich

Wir stehen vor fundamental wichtigen EU Wahlen, und das ist wahrlich keine Übertreibung. Es geht um enorm viel. Es geht darum, ob und wohin sich das Projekt des gemeinsamen Europa entwickelt. Wir wissen, dass in etlichen Ländern die liberale Demokratie bedroht ist. Dass sich Länder immer mehr vom gemeinsamen Projekt Europa distanzieren, politische Strömungen praktisch eine Gegenbewegung zu diesem Projekt vorantreiben. Dabei ist gerade jetzt ein gemeinsames Vorgehen so bitter nötig, ja gerade existenziell. Denn die großen Problembereiche sind nur gemeinsam zu bewältigen. Allen voran der Klimawandel.

Die Welt hat noch 12 Jahre Zeit, den Klimakollaps zu verhindern, und dafür müssen auch auf europäischer Ebene konkrete Politik gemacht und konkrete Maßnah-

men gesetzt werden. Wir Grünen sind dafür der Garant. Die Grünen sind die einzige Partei, die sich wirklich vorbehaltlos, ohne Relativierungen für den Klimaschutz einsetzen und die Riesenherausforderung mit wirklich effektiven Maßnahmen angehen will und wird.

Ja, es ist auch für uns Grüne eine immens wichtige Wahl. Es geht für uns darum, das Comeback erfolgreich fortzusetzen und auch auf europäischer Ebene deutlich aufzuzeigen. Das EU-Spitzenteam Werner Kogler und Sarah Wiener machen einen großartigen Job und sie setzen auf die Unterstützung von uns allen. Die haben sie uneingeschränkt. Wählen gehen, Grüne stärken, für ein neues gemeinsames Europa.

■ **Stefan Kaineder** | Landessprecher Oberösterreich



ZUGESPITZT



■ MARCO VANEK
CHEFREDAKTEUR
MARCO.VANEK@
GRUENE.AT

Politik des erhobenen Zeigefingers ist vorbei

Die Grünen sind die besseren Menschen, weil sie wissen, was richtig ist. Diese fatale Einstellung war mitunter schuld daran, wieso sich vor eineinhalb Jahren so viele WählerInnen von den Grünen abgewandt haben.

Dass Kommunikation auch anders gehen kann, zeigt Stefan Kaineder und sein neues Team in Oberösterreich. Nicht mehr den Zeigefinger auf die eigenen und potenziellen WählerInnen zeigen, ihnen ein schlechtes Gewissen machen, sondern klipp und klar aufzeigen, wer in der Politik für Missstände verantwortlich ist. Nicht die PendlerInnen sind daran schuld, dass sie im Stau stehen, sondern der Verkehrslandesrat, der kein entsprechendes Angebot bei den Öffentlichen Verkehrsverbindungen auf die Reihe bringt.

Auch die Partei selbst wird sich ändern. Türen und Fenster im Grünen Haus werden nun geöffnet, damit neue Ideen einströmen können. Jeder Mensch, der sich bei den Grünen engagieren möchte, soll dort auch seinen/ihren Platz finden. Seien es QuereinsteigerInnen, die ihr Knowhow einbringen möchten oder AktivistInnen, die seit Jahren in den Gemeinderäten arbeiten und dort viel Wissen angesammelt haben.

Es gilt nun, den wieder spürbaren Spirit der Gründungsjahre mit den Antworten der Gegenwart zu verknüpfen, meint **Marco Vanek, Chefredakteur**

Mehr als eine Klimawahl

Nicht nur der Klimawandel bedroht unsere Lebensgrundlagen. Auch die GegnerInnen der Europäischen Idee. Die Themen der Grünen sind bei der bevorstehenden EU-Wahl aktueller denn je.

■ MARCO VANEK

Diesmal geht es tatsächlich ums Eingemachte: Überlassen wir die Zukunft den NationalistInnen und den LeugnerInnen der Klimakrise? Oder wird die Europäische Union als starke Gemeinschaft weiterentwickelt, um die drängenden Probleme unserer Zeit zu lösen.

Die GegnerInnen der Europäischen Idee haben sich bereits aufgestellt. Von innen attackieren Orban, Le Pen, Salvini

und Strache die europäischen Werte, gemeinsame Spielregeln und die Zivilgesellschaft. Von außen stiften Trump, Putin und Co Chaos, um Europa zu destabilisieren. Doch nicht nur die autoritären Kräfte in der Politik unterwandern die Europäische Idee: Unter dem Druck tausender LobbyistInnen wollen sich Konzerne weiter Einfluss und Macht sichern und bedrohen Umwelt, Demokratie und die regionale Wirtschaft. Statt klarer, fairer Spielregeln für alle wollen sie einen ungezügelten, radikalen Freihandel auf Kosten der Menschen zum obersten Prinzip machen.

Europa ist mehr als ein Markt

Das europäische Projekt, wie wir es kennen, ist eine Idee, eine Vision, ein Versprechen, das auf den historischen Erfolg der Versöhnung nach dem Zweiten Weltkrieg beruht. Doch mittlerweile scheinen Frie-



Foto: Die Grünen

den, Wohlstand, Freiheit und Grundrechte genauso wenig selbstverständlich wie die Reisefreiheit in der EU. Um das Europäische Projekt zu retten, braucht es Mut zur Veränderung für eine gemeinsame, gestärkte EU.

Die entscheidende Klimawahl

Angesichts des europaweiten Hitzestresses, Dürrekatastrophen, Bienen- und Insektensterbens, muss der Schutz der

Umwelt wieder zu einem erstrangigen Ziel werden. Werner Kogler betont: „Geht es um Lebens- und Überlebensfragen, stehen die Grünen kompromisslos auf der Seite der Menschen – und gegen Konzern- und Lobbyinteressen, die meist nur Profitsteigerung im Sinn haben. Es gilt, die Energie-, Verkehrs- und die Agrarwende sowie auch die Entwicklung zu einem gerechteren und nachhaltigen Wirtschaftssystem voranzutreiben.“

Auf die Grünen Wurzeln besinnen

Das neue Grüne Team hat in den vergangenen Monaten in tausenden Gesprächen und Foren landauf landab, in der Stadt und im Dorf, im Wirtshaus und im Rathaus zugehört, Ideen gesammelt und neue Kraft geschöpft. Mit einem sehr kleinen Budget, aber vielen kreativen Ideen und einem zugespitzten Wahlkampf werden in den nächsten Wochen die Grünen auf verschiedenster Art und Weise präsent sein. Mit dem Motto des Wahlkampfes „Zurück zu den Grünen Wurzeln – nach vorne in die Zukunft“ sollte ein Teil des verloren gegangenen Vertrauens wieder zurückgewonnen werden.



Das Grüne Spitzenteam gemeinsam mit Robert Habeck, Bundvorsitzender der Grünen Deutschland

„Wir packen's nun an“

Rund um Stefan Kaineder hat sich ein neues Führungsteam bei den Grünen OÖ formiert.

Stefan Kaineder Landessprecher

„Vor uns liegt eine Menge Arbeit. Wir wollen und werden mit unserer Grünen Politik Antworten geben auf die großen Heraus-

forderungen, vor allem beim Thema Klimawandel“. Es geht nicht darum, den Menschen etwas vorzuschreiben, sie besserwisserisch zu belehren und zu bekehren. Von diesem Bild der Grünen möchte ich weg. Denn die Leute wissen, wo die Probleme liegen, sie wissen, dass ohne Klimaschutz der Planet vor die Hunde geht. Die Politik muss dafür den Rahmen schaffen, der die Lösung dieser Probleme möglich macht.“

Dagmar Engl stellv. Landessprecherin / Obfrau der GBW OÖ

„Es waren weichenstellende Tage für die Grünen und ich freue mich, hier aktiv gestaltend dabei zu sein. Ich werde mein Wissen, meine Erfahrungen, Kompetenzen und

mein ganzes Engagement einbringen.“ Als neue GBW-Obfrau möchte Engl die enge Verzahnung der Grünen Bildungseinrichtung mit der Landespartei weiter voranbringen. Die Uraufgabe einer Parteiakademie ist es auch, die Engagierten für ihr politisches Wirken auf allen Ebenen zu befähigen, mit Selbstvertrauen und Knowhow auszustatten.

Severin Mayr stellvertr. Landessprecher

„Wir müssen es erreichen, dass der Spirit der Gründungsjahre mit den Antworten des 21. Jahrhunderts verknüpft wird.“ Auch Mayr spricht sich gegen eine Politik des erhobenen Zeigefingers aus. Die Verantwortung für nötige Veränderungen liegt bei der Politik.

„Ich kann einem Pendler, einer Pendlerin nicht sagen, er oder sie soll aufs Auto verzichten, wenn es kein ordentliches Öffi-Angebot gibt. Wir werden es daher der verantwortlichen Politik sagen, was sie zu tun hat.“

Ursula Roschger Landesgeschäftsführerin

Für die neue Parteimanagerin muss die Partei auch organisatorisch neue Wege gehen. „Digitalisierung, Arbeitsmodelle, Kommunikation, knappe Zeitressourcen und andere Entwicklungen müssen sich in der künftigen Organisationsstruktur auf allen Ebenen und auch in der Organisationskultur spiegeln.“

➔ oee.gruene.at



v.l.n.r.: Stefan Kaineder, Ursula Roschger, Severin Mayr, Dagmar Engl

Foto: Die Grünen OÖ

„Kochrezepte sind politisch“

Mut, politischer Wille, aber auch Kochrezepte können die Welt zum Besseren verändern, meint Sarah Wiener, die nun für die Grünen bei der EU-Wahl auf Platz zwei kandidiert.

MARCO VANEK

Das Sarah Wiener nicht nur eine bekannte Fernsehköchin ist, hat sie schon mehrmals bewiesen. In ihren Interviews der letzten Jahre kritisiert sie immer wieder die europäische Agrarpolitik, große Nahrungsmittelkonzerne und prangert die Methoden der Saatgut-Goliaths an. So engagiert sie sich auch als Patin für den Film „Unser Saatgut – wir ernten, was wir säen“. In diesem Doku-Film kommen Aktivistinnen zu Wort, die sich für Saatgutvielfalt einsetzen. „Das hat mich sehr beeindruckt, wie viel Freude Menschen haben, die Saatgut schützen. Sie sind für mich glückliche Hüter des Grals. Denn man muss für diese Vielfalt kämpfen, weil ein paar Agrarchemie-Konzerne dabei sind, das Saatgut zu monopolisieren und damit bestimmen, was wir essen.“ Noch gibt es aber eine unglaubliche Vielfalt von Saatgut und auch von



Sarah Wiener: „Wer Bio kauft, entscheidet sich für eine Landwirtschaft, die Natur und das Klima schützt.“

Sorten. Schätzungsweise gibt es weltweit noch 100.000 Tomatensorten und noch über 300.000 Reissorten.

Brauchen viele Goliaths

Sarah Wiener fordert daher Saatgutzüchtungen, die unabhängig sind von Konzerninteressen. Bäuerinnen und Bauern haben über Zehntausende von Jahren die Saatgutvielfalt geschaffen. Das Saatgut gehört nur in ihre Hände. „Wir brauchen den politischen Willen und Mut, diese Monopole aufzubrechen, beziehungs-

weise solche Monopole mit rechtlichen Mitteln unmöglich zu machen. Dafür braucht es Aufklärung und politischen Druck.“ Wiener hofft dabei neben der Politik auf eine aktive Zivilgesellschaft: „David wird nicht allein gewinnen. Es braucht viele Davids.“

In einer grünen Familie großgeworden

Auf die Frage, wieso sie nun für die österreichischen Grünen kandidiert, meint sie: „Ich bin in einer grünen Familie großgeworden und fühle mich hier zugehörig. Die grünen Werte sind mir wichtig, und ich bin ihnen schon lange verbunden. Die Herausforderungen, vor denen Europa aktuell steht, haben mich allerdings überzeugt, dass es an der Zeit ist, selbst aktiv zu werden. Die Grünen verkörpern eine Politik, die ich immer schon geteilt habe: Für Klimaschutz, für gesundes Essen und für eine Gesellschaft, die zusammenhält. Damit war klar: Wenn ich mich politisch engagiere, dann für die Grünen.“

Ihre Kandidatur sieht sie als Neuland und Abenteuer, die ihr Leben verändern wird. „Ich weiß, dass ich eine steile Lernkurve vor mir habe. Ich bin allerdings überzeugt, dass wir gemeinsam sehr viel bewegen können!“

Rezepte können Politik verändern

Sarah Wiener bezeichnet sich selbst als respektvolle, aber rezeptlose Köchin. „Ich liebe gute Rezeptbücher, von den Rezepten lasse ich mich inspirieren. Ich schreibe auch Rezeptbücher als Inspiration und als Boden, auf dem andere tanzen können. Für mich ist jedes Rezept politisch. Rezepte machen Aussagen und sie haben Auswirkungen, vor allem beim Einkauf von Zutaten. Wer Bio kauft, entscheidet sich für eine Landwirtschaft, die die Natur, den Boden und das Klima schützt. Damit können und müssen wir die Welt zum Besseren verändern.“

→ zurueckzudenruenen.eu

MUTIG FÜR EUROPA

Das Grüne Wahlprogramm für die EU-Wahl

Auf 34 A4-Seiten haben die Grünen ihre europapolitischen Forderungen zusammengefasst.

Das Urthema der Grünen – der Klimaschutz – steht im Grünen Wahlprogramm an vorderster Stelle. Die Klimapolitik wird verknüpft mit dem Ende der fossilen Energie (Kohle, Öl...) und auch mit dem Aus für die Atomenergie. „Unsere Vision ist die vollständige Energieversorgung Europas auf Basis sauberer erneuerbarer Energie ... (S. 6).“

Kapitel Nummer 2 fasst die Forderungen nach gesunden Lebensmitteln zusammen. Auf über zwei eng beschriebenen Seiten wird die Grüne Vision einer anderen Landwirtschaftspolitik erklärt. In den darauffolgenden Kapiteln geht es um die wiederholte Bestärkung Grüner Programmatik, wie nachhaltiges Wirtschaften gelingen kann, und wie europaweit soziale Standards gesichert werden können.

Eine ganze Seite widmet sich den europäischen Perspektiven junger Menschen. So wird etwa ein internationales Bildungsjahr für junge Menschen gefordert. „Teile der Schulausbildung, der Lehre oder des Studiums im europäischen Ausland zu absolvieren bringt zusätzliche Ausbildungsvorteile, Kultur- und Sprachkompetenz (...). Interessant ist auch die Forderung nach einem Europäischen Freiwilligenjahr. Jung und Alt sollen die Möglichkeit erhalten, im Rahmen des europäischen Freiwilligenjahrs für alle, 6 bis 12 Monate in einem anderen Mitgliedsland an zivilgesellschaftlichen Projekten mitzuarbeiten (S.29).

Alles in allem fasst dieses Wahlprogramm die aktuelle Programmatik der Grünen gut zusammen. Diese könnte eine brauchbare Grundlage sein für das neue Grüne Grundsatzprogramm. Das bisher gültige stammt aus den frühen 2000er Jahren und weite Teile wurden längst vom Lauf der Geschichte überholt.

MARCO VANEK



Sarah Wiener

... wurde zwar in Westfalen geboren, wuchs aber in Wien auf und fühlt sich entsprechend als „echte Wienerin“. Die erfolgreiche Unterneh-



merin – Wiener betreibt ein Restaurant, eine Bäckerei und ein Catering-Unternehmen – engagiert sich für gute Lebensmittel, Tierzucht und die Umwelt. Aktuell unterstützt sie den Kinofilm „Unser Saatgut“, der seit April auch als DVD und Download erhältlich ist (wfilm.de/unser-saatgut). Seit fünf Jahren ist Sarah Wiener Mit-Eigentümerin vom Gut Kerkow, einem biologisch bewirtschafteten Hof in der Uckermark. Mit ihrer Stiftung (sw-stiftung.de) engagiert sich die 56-Jährige für Ernährungsbildung für Kinder.

Werner Kogler

... sorgt im Dezember 2010 für Aufsehen, als er gegen die Sparpläne der Regierung im Wirtschaftsausschuss des Nationalrats 12 Stunden und 42 Minuten angerebet hat. Und er hat stets zur Sache gesprochen, wie ihm damals ein politischer Mitbewerber zugestanden hat. Werner Kogler war mit 23 Jahren (von 1985 – 1988) der jüngste Grazer Gemeinderat für die Alternative Liste. Nach dem Volkswirtschaftsstudium war er Referent im Grünen Parlamentsklub, von 2000 – 2017 Nationalratsabgeordneter, Vorsitzender des Rechnungshofausschusses, Wirtschafts-,



Finanz- und Budgetsprecher, Europasprecher. Und jetzt ist Kogler Parteichef und Spitzenkandidat für die EU-Wahl.

Wenig Göd, trotzdem vü Musi

Bei der letzten Wahl gab es ein für grüne Verhältnisse noch sehr üppiges Wahlkampfbudget und viele hauptamtliche MitarbeiterInnen. Für die EU-Wahl kratzten die Grünen ihre letzten Euros zusammen, bekamen zahlreiche private Kleinspenden und dank der ehrenamtlichen UnterstützerInnen wird im ganzen Land um den Wiedereinzug nach Brüssel und Straßburg gekämpft. Auch wenn kein Geld für große Kampagnen vorhanden ist, Hausbesuche, Straßenplakate kleben, Aktivitäten auf den Social Media-Kanälen und vieles andere mehr, ist auch mit wenig finanziellen Mitteln möglich.

MARCO VANEK

01
Frieden

Das stärkste Argument für die Europäische Union ist, dass sie für ihre Mitglieder Frieden garantiert. Die Motivation die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl zu gründen, um künftig Kriege auf dem europäischen Kontinent zu verhindern, ist nach wie vor der wichtigste Nutzen der EU. Noch nie hat es in Mitteleuropa eine solch lange Phase des Friedens gegeben. Wir leben mittlerweile 74 Jahre ohne Krieg.



Foto: wikipedia

Zehn gute Gründe für Europa

Unser Europa ist mehr als das scheinbar bürokratische Monster in Brüssel. Ohne Anspruch auf Vollständigkeit haben wir die wichtigsten Gründe aufgelistet, was wir in Europa erreicht haben und warum die EU auch in Zukunft noch wichtig ist.

■ ZUSAMMENGESTELLT VON BARBARA VANEK

02
Demokratische Standards

Alle Mitgliedsländer der Europäischen Union müssen demokratische Standards einhalten. Das Beispiel Ungarn zeigt, was passiert, wenn sich ein Mitgliedsland nicht daran zu halten beginnt. Die Durchsetzung von Menschenrechten wäre ohne EUGH unmöglich.



Foto: Bilderbox.com



Foto: Grünes Archiv



Foto: Bilderbox.com

03
Umwelt und Klimaschutz

Einzelstaatliche Lösungen bei der Reduktion von klimaschädigenden Treibhausgasen sind nutzlos. Weltweit ist die EU nicht nur der erste Staatenbund, der sich für die Verringerung des CO₂ Ausstoßes einsetzt, sondern auch vorbildlich im Bereich Natur- und Artenschutz.

04
EU stärkster Motor des Welthandels

Mehr als 30% aller Güter und Dienstleistungen werden in der Europäischen Union gehandelt. Jeder europäische Staat ist Nutznießer des größten Binnenmarkts der Welt. Der Euro erleichtert Handelsaktivitäten, weil er Umtauschgebühren überflüssig und Preise direkt vergleichbar macht. Gegen den Euro spekulieren kann kein Mitgliedsland. Er nützt dem Export und damit den Arbeitsplätzen.

05
Kontrolle von Konzernen

Das Beispiel Glyphosat des weltweit agierenden Mischkonzerns Monsanto, vor kurzem von Bayer übernommen, zeigt, wie unheimlich wichtig ein gemeinschaftliches Agieren der Mitgliedsländer der Europäischen Union ist. Österreich allein wäre schon einmal wirtschaftlich nicht in der Lage, glyphosاتفreie Felder durchzusetzen.



Der Klimacheck zwischen Rot und Grün

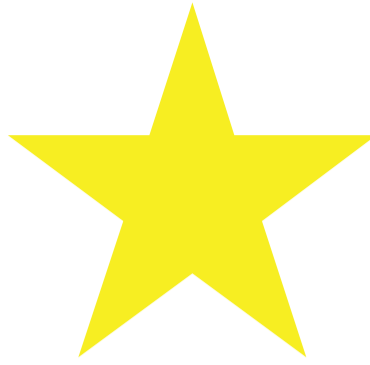
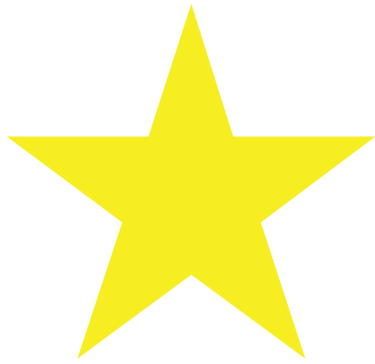
Über den Klimaschutz reden ist die eine Sache, konkrete Klimapolitik machen, die andere. Am Beispiel von verkehrspolitischen Großprojekten lässt es sich gut vergleichen:

Projekt	Position der SPÖ	Position der Grünen
3. Startbahn am Flughafen Schwechat	✓ befürwortet	✗ abgelehnt
Lobauautobahn in Wien	✓ befürwortet	✗ abgelehnt
Westring durch Linz	✓ befürwortet	✗ abgelehnt
Neue Waldviertelautobahn	✓ befürwortet	✗ abgelehnt
Westspange in Steyr	✓ befürwortet	✗ abgelehnt



Foto: Bilderbox.com





06 Reisen und Arbeiten in Europa

Grenzüberschreitende Reisen in 28 Länder ohne Pass und ohne Stau, als österreichischer Staatsbürger oder österreichische Staatsbürgerin zum Beispiel in Brüssel ein Wiener Kaffeehaus eröffnen, das geht nur für Mitglieder der Europäischen Union. Dieser Umstand ist der, der am meisten von außereuropäischen Ländern ins Treffen geführt wird, wenn sie die Vorteile der EU skizzieren sollen.

10 Bildung, Forschung und Kultur

Erasmus ist der Name des nach dem im Zeitalter der Renaissance lebenden Denkers Erasmus von Rotterdam benannten Studierendenaustauschprogramms der EU, das seit über 30 Jahren Auslandsaufenthalte in Mitgliedsländer der EU finanziert. Heimische Jugendliche, die in Großbritannien studieren, spüren nun am eigenen Leib, was durch den Brexit an Chancen, Kontakten und Potenzialentfaltung verlorengeht. 2017 wurden



07 VerbraucherInnen-schutz

Die EU erlässt Rechtsvorschriften, um die Sicherheit und die Rechte von Verbraucherinnen und Verbrauchern zu schützen – auch in sich rasch entwickelnden Bereichen wie dem Online-Handel, Energieversorgung und Finanzdienstleistungen. Ferner unterstützt sie Europäische Verbraucherzentren, die bei grenzübergreifenden Streitigkeiten helfen.



08 Schutz vor Gesundheitsgefahren

Im Mittelpunkt der EU-Gesundheitspolitik stehen der Schutz und die Verbesserung der Gesundheit, der gleichberechtigte Zugang aller Europäerinnen und Europäer zu einer modernen und effizienten Gesundheitsversorgung und die Koordinierung der Reaktion auf etwaige schwerwiegende Gesundheitsgefahren, die mehr als ein EU-Land bedrohen. Die Prävention und Bekämpfung von Krankheiten gehören zu den zentralen Anliegen der EU im Bereich der öffentlichen Gesundheit. Die Prävention erstreckt sich auf viele Bereiche und umfasst Impfungen, die Bekämpfung der Antibiotikaresistenz, Kampagnen gegen Krebs und eine verantwortungsvolle Kennzeichnung von Lebensmitteln.



09 Gleichberechtigung

Seit dem Vertrag von Lissabon im Dezember 2009 verpflichten sich alle Mitgliedsländer der Europäischen Union, sich für gleiche Rechte aller Unionsbürger einzusetzen. Die europäische Menschenrechtskonvention enthält in Art. 14 ein Diskriminierungsverbot. Danach ist es verboten, Menschen wegen des Geschlechts, der Rasse, der Hautfarbe, der Sprache, der Religion, der politischen oder sonstigen Anschauung, der nationalen oder sozialen Herkunft, der Zugehörigkeit zu einer nationalen Minderheit, des Vermögens, der Geburt oder eines sonstigen Status die Rechte und Freiheiten der Konvention vorzuenthalten oder einzuschränken.



Riskante AKW-Oldies

Nicht nur beim alten Atomkraftwerk in Mochovce wird das Risiko eines Unfalls wegen des hohen Alters immer höher, auch andere alte Meiler sind zum Sicherheitsrisiko geworden.

Das Problem veralteter und damit hochriskanter Atomkraftwerke zieht sich aber durch halb Europa: Das Durchschnittsalter der AKWs in der EU steigt kontinuierlich, die Altersstruktur zeigt, dass 72 Prozent – 90 der 125 Reaktoren – bereits seit 31 und

mehr Jahren in Betrieb sind. „Es braucht endlich unabhängige internationale Sicherheitsprüfungen und eine Begrenzung der Betriebszeit auf maximal 40 Jahre“, fordert Landesrat Rudi Anschober.

Der erste Zwischenbericht der von Anschobers „Allianz der Regionen für einen europaweiten Atomausstieg“ in Auftrag gegebenen Studie zeigt, dass diese geplanten und teilweise bereits umgesetzten Laufzeitverlängerungen bei AKWs mit dem Effekt eines immer älteren Atomkraftwerksparks – Durchschnittsalter liegt bereits jetzt bei 33,4 – ein

wachsendes Sicherheitsproblem wird. Diese alten Atomkraftwerke wären heute nicht mehr genehmigungsfähig. Das Sicherheitsrisiko steigt durch das zunehmende Alter der Reaktoren signifikant an, und die Genehmigungsverfahren für eine längere Laufzeit sind völlig intransparent.

Anschober lud daher für den 8. Mai FachexpertInnen aus ganz Europa zu einer Sicherheitskonferenz nach Linz. Die Veranstaltung war bei Drucklegung im Gange. „Mein Ziel ist es, das ExpertInnenwissen zu vernetzen und zusammenzuführen, das Bewusstsein in der Öffentlich-



keit zu stärken und starken politischen Druck zu entwickeln.“ Im Herbst wird die Studie zu „Risiko von Laufzeitverlängerungen alter AKW“ fertiggestellt und von Anschober dann im Europaparlament und bei der EU-Kommission präsentiert.

IMPRESSUM

oö.planet. 04/2019
Zulassungsnr.: GZ 02Z031264 M
MedieninhaberInnen: Die Grünen OÖ und die Grüne Bildungswerkstatt, beide 4040 Linz, Landgutstraße 17 **HerausgeberInnen:** Die Grünen OÖ und der Klub der Grünen im oö. Landtag. **Die Redaktion:** Mag. Marco Vanek (Chefredakteur), Mag. Herbert Vorarberger, Mag. Stefan Hauer, Mag. Markus Gusenbauer, Dr.ⁱⁿ Gabriela Schönberger **MitarbeiterInnen und AutorInnen:** Dr. René Freund, Mag.^a Maria Buchmayr, Gottfried Hirz, Mag.^a Barbara Vanek **Korrektorat:** Mag.^a Barbara Vanek **Fotos:** bildbox.com, istock, Grünes Archiv, Mag. Marco Vanek, Mag. Gerhard Niederleuthner **Gestaltung:** agentur g+, Mag. Gerhard Niederleuthner und Gernot Wartner **Produktion:** Mag. Marco Vanek, Mag. Gerhard Niederleuthner **Adressverwaltung:** Nina Grgic, Tel.: 0732/73 94 00-556, nina.grgic@gruene.at **Druck:** Wimmer Medien Druck, Linz **Verbreitete Auflage:** 22.000 Stück; Die nächste Ausgabe des oö.planet erscheint im Herbst 2019

KOMMENTAR



■ **GOTTFRIED HIRZ**
KLUBOBMANN DER
GRÜNEN IM OÖ. LANDTAG
GOTTFRIED.HIRZ@
GRUENE.AT

FPÖ Skandale und die Verantwortung von ÖVP und SPÖ

Es gibt jene Form gespannter Erwartung, die verzichtbar ist. Innenpolitisch ist dafür die FPÖ zuständig. Man darf wöchentlich gespannt sein, welche Querverbindungen ins extreme rechte Eck, welche ideologischen Ausritte, einschlägigen Sager und Postings aufpoppen. Neben dem Konnex FPÖ und Identitäre, der im nebenstehenden Bericht dargelegt ist, zählt dazu auch das Rattengedicht des Braunauer FP Vizebürgermeisters, in dem dieser MigrantInnen mit Ratten gleichsetzt. Rücktritt, Empörung, Distanzierung, alles gut, richtig und wie gehabt. Aber es stellt sich eine grundsätzliche Frage: Wie gehen wir mit einer Partei um, die konstant solche Skandale im Schlepptau hat. Einer Partei, in der rechtsstaatliche Grenzen ständig überschritten werden.

Vor allem einer Partei, die im Bund und u.a. auch in OÖ und Linz in Regierungskoalition ist. ÖVP und SPÖ haben die FPÖ zum Partner gewählt, trotz allen Wissens um das Wesen, Geschichte und Weltbild dieser Partei. Sie tragen die staatspolitische Verantwortung für die Folgen dieser Entscheidung – für Spaltung im Inneren und den Image-schaden im Äußeren. Sie tragen auch Verantwortung, die liberale Demokratie zu schützen. Da heißt aber nicht nur sich zu empören, zu fordern und zu appellieren. Das heißt in wirklicher Konsequenz auch, bei Fortdauer des Skandalaufkommens, die Koalitionen mit der FPÖ zu lösen. Weltbilder kann man nicht ändern, Regierungskonstellationen schon.

Wo bitte kommt man hier zum See?

Haben sie schon mal versucht zum Attersee zu kommen? Abseits der offiziellen Bade-stellen, direkt zum Ufer, zum Wasser? Dieses Naturjuwel darf nicht schleichend zum Privileg einzelner Privater werden.

■ MAX GUSENBAUER

Es ist ernüchternd. Zufahrt verboten, kein Zutritt, Privatweg, Privatbesitz, dicke Schranken, dünne Schranken, Zäune aller Art und Gebäude sowieso. Kein leichtes Unterfangen, einen freien Zugang zum See zu finden, und es droht immer schwieriger zu werden. Den Grünen ist jetzt ein Erfolg gelungen, dies einzudämmen. Das hängt mit der Landesverfassung zusammen. Denn der Landtag hat am 11. April neue Staatszielbestimmungen in der Verfassung verankert. Und eine der neuen Bestimmungen heißt wörtlich: „Das Land Oberösterreich bekennt sich zum Zugang der Allgemeinheit zu Wäldern, Bergen, Seen, Flüssen und anderen Naturschönheiten.“

Naturliebende Öffentlichkeit

Das hat klare Auswirkungen: denn Staatszielbestimmungen legen jene Grundsätze fest, nach denen sich das gesamte staatliche Handeln richten soll. „Unsere Landesverfassung gibt nun der Gesetzgebung und Verwaltung ein klares Ziel vor: die Zugänglichkeit der OÖ Naturjuwelen soll nicht noch mehr eingeschränkt werden“, betont



Der freie Seezugang wird nun auch in der oö. Landesverfassung verankert.

der Grüne Klubobmann LAbg, Gottfried Hirz. Er sieht darin „eine langjährige Grüne Forderung endlich erfüllt und einen großen Gewinn für die naturliebende Öffentlichkeit“.

„Genug mit Schranken und Verboten, genug mit Zäunen und Zubetonieren!“

Der Zusammenhang mit unserer obigen Seezugangssuche am Attersee ist evident und die Problemlage klar: Denn gerade die öffentlichen Zugänge zu den Seen drohen immer weniger zu werden. Es gibt am Attersee immer weniger frei

zugängliche Uferstreifen, die nicht verbaut sind oder sich in Privatbesitz befinden. Aber auch Wolfgangsee, Mondsee und Traunsee haben nur noch wenige öffentlich zugängliche Badeplätze. „Badevergnügen und Erholung in unserer wunderbaren Naturlandschaft müssen auch künftig allen offen stehen, es freut mich sehr, dass das die Landesverfassung nun klarstellt“, betont Hirz.

Privatisierungsstopp

Aus Sicht der Grünen muss diese Verfassungsänderung klar Folgen in der Praxis haben – für Pläne, Projekte und Vorhaben: „Privatisierungen von See-grundstücken im öffentlichen Eigentum sollten nun deutlich erschwert werden. Wir Grünen fordern ohnehin einen Privatisierungsstopp“, betont Hirz, der

auch entsprechende Auswirkungen auf die Raumordnungspolitik sieht und schärfere Bestimmungen einfordert, um weitere Verluste von Natur- und Freiflächen durch Umwidmungen und Bauprojekte zu stoppen“.

Naturjuwelen für alle

Eines ist nun klar: Bisher ist es bei Verkäufen, Umwidmungen und Privatisierungen hauptsächlich um die Interessen der Wirtschaft und des Tourismus gegangen. Nun gibt es mit der Verfassungsbestimmung einen Interessenabgleich. Ein Gegenwicht mit einer unmissverständlichen Botschaft: Genug mit Schranken und Verboten, genug mit Zäunen und Zubetonieren. Oberösterreichs Naturjuwelen dürfen nicht schleichend zum Privileg einzelner werden, sie sind für alle da.

Tierleid, das nicht nötig ist

Die Grünen fordern, dass heimisches Kälberfleisch jenem aus den Niederlanden bevorzugt wird.

Vorarlberg hat aktuell Kälbertransporte nach Bozen eingestellt, weil die als Kurzstreckentransporte deklarierte Kälberlieferungen in Wirklichkeit Langstreckentransporte waren. Ohne Einhaltung von ausreichenden Pausenzeiten. „Diese Praktiken gehören natürlich abgestellt, sie verursachen Tierleid und verstoßen gegen EU Recht“, betont der Grüne Landessprecher



Foto: Die Grünen OÖ

und Landwirtschaftssprecher LAbg. Stefan Kaineder und ist im Landtag mit mündlicher Anfrage und Antrag zur Lage in Oberösterreich tätig geworden. Zum einen, um die Praktiken hier bei uns zu

hinterfragen und zum anderen, um Kälbertransport grundsätzlich einzudämmen. Denn Österreich exportiert deutlich weniger Kalbfleisch als es importiert, häufig aus den Niederlanden. Erstens, weil

die Mast dort billiger ist. Zweitens, weil die KonsumentInnen das helle Fleisch dieser Kälber als höherwertiger betrachten als das etwas dunklere heimische. „Das ist es aber nicht, im Gegenteil. Das „weiße“ Kalbfleisch stammt von den weniger gesunden Kälbern und weist auf massiven Eisenmangel hin“, klärt Kaineder auf.

Fazit: Derart umfassende und lange Kälbertransporte aus dem Ausland sind unnötig und damit auch das damit verbundene Tierleid „Wir wollen diese Transporte einbremsen und langfristig sogar stoppen. Dafür müssen wir

die heimische Kälberproduktion unterstützen“, betont Kaineder und richtet sich auch an die KonsumentInnen. „Hier geht es um Aufklärung. Um die breite Information, dass das heimische rosa Kalbfleisch das hochwertigere ist und den Appell, dieses zu kaufen“. In diesem Sinn verlangen die Grünen per Antrag ein umfassendes Maßnahmenprogramm. So soll in Zukunft im eigenen Wirkungsbereich des Landes heimisches Kalbfleisch verwendet werden, also in Küchen und Kantinen von Krankenhäusern, Kindergärten, Schulen, Alten- und Pflegeheimen...

Der kurze Draht ins rechte Eck

An den Erdrändern droht ein Abgrund, Kolumbus war in Indien und die Titanic ist unsinkbar – die Menschheitsgeschichte strotzt vor Irrtümern und Fehleinschätzungen...

■ MAX GUSENBAUER

Zwar nicht von welthistorischer Dimension, aber doch erwähnenswert ist eine immer wieder gemachte Feststellung: die FPÖ hat keine Verbindungen zur Identitären Bewegung (IB) und zum extremen Rechten Rand. Auch das ist mittlerweile überholt.

Oder besser: War es eigentlich schon lange. „Denn die Querverbindungen, persönlich und örtlich, waren kein Geheimnis, nicht in Oberösterreich und schon gar nicht in Linz. Nur gesprochen hat kaum jemand darüber“, vermerkt die Grüne Rechtsextremismussprecherin LAbg. Maria Buchmayr. Erst die Spende des Neuseeland-Attentäters an den IB-Chef Sellner haben die Identitären und damit auch die Verbindungen zur FPÖ an die Öffentlichkeit geholt.

Die Highlights im Schnelldurchlauf.

Die Villa Hagen in Linz. Im Eigentum des FP-nahen Vereins „Studentenheim Urfahr“ mit der FPÖ-nahen Burschenschaft Arminia Czernowitz und dem „Khevenhüller Zentrum“ der Identitären im Haus. Das einschlägige Medium „Info

direkt“ mit dem Büroleiter von Vizebürgermeister Hein als Gesellschafter. Dazu bis zum Regierungseintritt Solidaritätsbekundungen von FPÖ-Parteispitzen für die Identitären, belegt durch Aussagen, mittlerweile gelöschte Postings, geteilte Videos und Fotos. Der rechte Kongress in den Linzer Redoutensälen mit den Identitären als offizielle Teilnehmer und dem jetzigen FP Innenminister Kickl als offizieller Redner soll nicht unerwähnt bleiben.

„Kein Cent Steuergeld darf in demokratiefeindliche Medien fließen.“

„Dass man in der FPÖ von all dem nichts gewusst haben will, ist natürlich Humbug. Und das Gewicht der Fakten hat schließlich die Ausreden zerbröckelt, zeigt Buchmayr auf und meint Richtung FPÖ und ÖVP: „Wenn sich jetzt alle abgrenzen, Mietverträge und Verbindungen gelöst werden, ist das längst überfällig. Auch die mahnenden Worte des Landeshauptmannes. Es bleibt abzuwarten, wie ernst Distanzierungen und klare Worte gemeint sind.“

Demokratiefeindliche Medien

Der stellvertretende Landesprecher und Grüne Mediensprecher Severin Mayr hat seine Zweifel. Besonders nach seiner mündlichen Anfrage im Landtag an FP-Landesrat Podgorschek zu dessen Inse-



Foto: Die Grünen Linz

Villa Hagen: „Dass man in der FPÖ von all dem nichts gewusst haben will, ist natürlich Humbug.“

raten im bereits erwähnten „Info Direkt“. „LR Podgorschek schließt nicht aus, weiterhin in rechtsextremen Medien zu inserieren und damit als Landesrat Steuergeld an solche Medien fließen zu lassen. Eine Grenzziehung sieht anders aus“, meint Mayr und hat bereits weitere Anfragen an Regierungsmitglieder der schwarz-blauen Koalition eingebracht. „Ich will wissen, wie sie es mit derartigen Inseraten halten. Kein Cent Steuergeld darf in demokratiefeindliche Medien fließen. Wie kommen die SteuerzahlerInnen dazu,

mit ihrem Geld solche Medien und deren Botschaften zu unterstützen“, betont Mayr.

Aber immerhin: es wird in Landesräumlichkeiten keinen rechten Kongress der selbst ernannten „Verteidiger Europas“ oder ähnliche Veranstaltungen mehr geben. Das hat ein Sicherheitsgipfel des Landes OÖ festgelegt. „Genau das haben die Grünen damals vehement gefordert, aber ÖVP und FPÖ haben das damals abgeschmettert“, meint Mayr. Bleibt zu abwarten, ob auch die Hintertüren zu bleiben.

KURZMELDUNGEN

Pflegeausbildung wird ausgebaut

Dank Grüner Initiative könnte jetzt ein weiterer Schritt gegen den Pflegepersonalmangel folgen. Bei 3-jährigen berufsbildenden mittleren Schulen bzw. Fachschulen soll ein Pflegeschwerpunkt eingeführt werden. Diesen Antrag an den Bund haben alle Fraktionen im Landtag mitgetragen. In den 3-jährigen Fachschulen sollen Interessierte gut auf die Krankenpflege- bzw. Altenbetreuungsschulen vorbereitet und die Phase zwischen Pflichtschulen und Beginn der regulären Ausbildung mit 17 Jahren gut geschlossen werden“, betont die Grüne Gesundheitssprecherin LAbg. **Ulrike Schwarz**, denn „die Ausbildung ist einer der zentralen Schlüssel für mehr Pflegepersonal und damit gegen den Pflegepersonalnotstand. Wir müssen bereits in der schulischen Ausbildung anfangen“.



Mochovce sofort stoppen!

So wie Rudi Anschober (siehe Bericht auf Seite 5) fordert die Grüne Anti-Atomsprecherin Ulrike Schwarz einen Betriebsstopp des fehleranfälligen Atomkraftwerkes in Tschechien. Ulrike Schwarz: „Mochovce ist eine Atomruine, ein in löchrigen Beton gegossenes Höchstisrisiko – und das 350 Kilometer von Linz entfernt“. „Ein weiterer Ausbau ist undenkbar. Die Prüfung darf nicht von slowakischen Stellen, sondern von externen, unabhängigen ExpertInnen erfolgen“, betont Schwarz und begrüßt, dass diese Forderungen von allen Landtagsfraktionen mitgetragen werden.

Stoppt den Bodenverbrauch!

Scharf kritisiert die Grüne Abgeordnete **Uli Böker** die schwarz-blaue Landeskoalition ÖVP und FPÖ beim Thema Bodenschutz: „ÖVP und FPÖ tun nichts dafür. Im Gegenteil: sie verschieben jegliche Debatte auf den St. Nimmerleinstag“, meint Böker. Konkret haben die Grünen drei Anträge für einen verstärkten Bodenschutz eingebracht, alle drei werden seit einem Jahr nicht mehr behandelt. „Die Koalition verzögert und bremst, unterdessen geht immer mehr wertvoller Boden verloren“, kritisiert die Grüne Bodenschutzsprecherin. Täglich werden in Österreich im Durchschnitt der letzten drei Jahre 12 ha für Bau- und Verkehrszwecke umgewidmet (in OÖ 1,5 ha), davon 5 ha tatsächlich versiegelt. Das Ziel aus der Österreichischen Nachhaltigkeitsstrategie 2002 mit maximal 2,5 ha pro Tag Flächeninanspruchnahme ist noch weit entfernt. Böker: „Es muss endlich Konkretes passieren. ÖVP und FPÖ bekennen sich auf Landes- und Bundesebene gerne zum Bodenschutz, doch werden weiterhin Flächenwidmungen durchgewunken.“



KONTAKT

Die Grünen OÖ – Die Grüne Alternative
Landgutstraße 17, 4040 Linz
Tel. 0732/73 94 00 Fax DW 556
Mail ooe@gruene.at
Web www.ooe.gruene.at

REDAKTION

oö.planet – Grüne Zeitung für OÖ
Landgutstr. 17, 4040 Linz
Tel. 0732/73 94 00 Fax DW 556
LeserInnenzuschriften:
Mail marco.vanek@gruene.at
Aboverwaltung: Nina Grgic
Tel. 0732/73 94 00-429
Mail service.ooe@gruene.at



SCHWARZ-BLAUES TAGEBUCH

30. APRIL 2019

Mein Tagebuch, ich weiß, ich sollte jetzt was schreiben, was Lustiges, was zum Schmunzeln über die FPÖ, das rechte Eck, über Identitären, den Herren Sellner, Burschenschaften, eine Villa in Linz, wissen und nicht wissen, Zahlungen, Beteiligungen, Verbindungen,

über Sympathieerklärungen, Fotos, Postings, Distanzierungen und Beteuerungen, Appelle und Forderungen, über Inserate in rechten Medien, Reden und rechte Kongresse, über Rattengedichte, Empörungen und internationale Schlagzeilen, über Koalitionen von ÖVP und SPÖ mit der

FPÖ, gegenseitige Aufforderungen und Mahnungen, über die Pressefreiheit und das gesellschaftliche Klima im Land.

Aber mir geht der Schmah aus, das ist alles nicht lustig – nicht einmal zum Schmunzeln. Sorry

■ MAX GUSENBAUER

Liebe Gabi,

als uns neulich das Kompendium an Wanderkarten in die Hand fiel, die du uns zu unserer Hochzeit geschenkt hast, haben wir wieder an deine Ausdauer gedacht, deine Ausdauer, die dich als begeisterte Wanderin nicht nur Höhen und Tiefen in der Landschaft überwinden ließ.

Diese Ausdauer hast du auch in der Politik gezeigt. Einfache Lösungen waren deine Sache nicht. Je diffiziler es wurde, je unübersichtlicher und undurchschaubarer, desto mehr hast du dich in eine Materie vertieft, hast ans Licht befördert, was anderen zuvor verschlossen blieb. So ist es deinem unerbittlichen Einsatz zu verdanken, dass du den BUWOG-Skandal wortgewaltig publik machen konntest.

Deine Kompromisslosigkeit ist Vorbild und macht Mut. Du warst eine der ersten, die damals Mitte der 80er Jahre als Pädagogin an einem Linzer Gymnasium die schlechte Luft, die deine Schülerinnen und Schüler einatmen mussten, bekämpfte, deinem Einsatz im Linzer Gemeinderat ist es mit zu verdanken, dass die Linzer Luft sauber wurde, dass Radwege angelegt wurden und der Öffentliche Nahverkehr verbessert wurde.

So verschlungen und dubios manche Entwicklungen in der Gemeinde- und Bundespolitik der letzten zwei Jahrzehnte auch immer gewesen sein mögen, deinem beharrlichen Erforschen charakterlicher Winkelzüge der politischen

Mitbewerberinnen und Mitbewerber ist es zu verdanken, dass der Bauskandal um Skylink am Flughafen Wien, die Spekulationsgeschäfte der ÖBB und die BUWOG-Affäre ans Licht kamen.

Wir werden uns deine Unerbittlichkeit, deine Beobachtungsgabe, deinen scharfen Verstand, aber auch deine Fähigkeit, zuzuhören und auf deine Mitmenschen einzugehen, stets zum Vorbild nehmen.

Danke Gabi.

■ BARBARA UND MARCO VANEK



Foto: Grünes Archiv

Tipps

EUROPAFEST AM BIOHOF

Samstag, 11. Mai, 14.00 Uhr, Schwertberg, Mascherhof, Winden 1

Du hast Fragen zur EU? Du willst MEP Thomas Waitz kennenlernen und z.B. über Standards in der Landwirtschaft reden?

Du willst den neuen Landessprecher der Grünen OÖ Stefan Kaineder sprechen? Du stehst auf tolle Musik von DJ Bea Trice Ciber? Dann bist du hier richtig! Volles Programm für einen tollen Samstagnachmittag!

SALONGESPRÄCHE: POPULISMUS FÜR ANFÄNGERINNEN

Dienstag, 14. Mai, 19.00 Uhr Keplersalon Linz, Rathausgasse 5

Über die simple Welt der RechtspopulistInnen
RechtspopulistInnen scheinen in Europa unaufhaltsam auf dem Vormarsch. Ihre Welt besteht aus dem selbstgestrickten Bild einer gespaltenen Gesellschaft: Hier sind WIR und dort sind die ANDEREN.
Die Journalistin und Buchautorin Ni-

na Horaczek entlarvt die Tricks und Täuschungsmanöver der Demagogen und entschlüsselt ihre Codes.
Zu Gast im Salon: Nina Horaczek, Chefreporterin der Wochenzeitung Falter und Mitautorin des Buches „Populismus für Anfänger: Anleitung zur Volksverführung“.

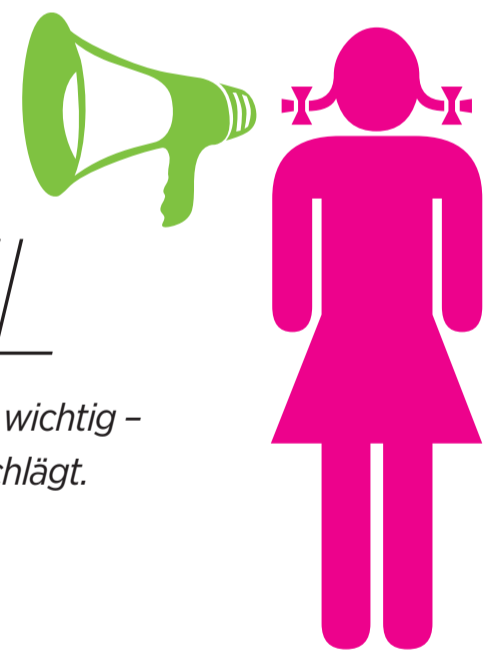
Eintritt: frei
Die Grünen GENERATIONplus und die GBW OÖ laden herzlich ein.

BILDUNGSREISE LUXEMBURG

Klein, aber innovativ Eine Bildungs- und Projektreise ins kleine Großfürstentum
14. bis 20. Juli 2019

In Luxemburg entstanden in den letzten Jahren interessante Projekte im Bereich Mobilität, Landwirtschaft, Tourismus. Wir besuchen die Region Atert-Wart an der belgischen Grenze,

die auch Beziehungen zu einer der LEADER-Regionen im Mühlviertel hat... Idee und Konzept: Fons Jacques (LUX), Marco Vanek, Ulrike Böker; Reisepreis: 690 Euro ohne Anreise (Übernachtung mit Frühstück, Reiseprogramm, Leihräder, Organisation und Begleitung...). Nähere Informationen und Anmeldung: www.ooe.gbw.at



WANDEL

Unentschuldigte Fehlstunden sind wichtig – damit uns nicht allen die Stunde schlägt.

TEXT RENÉ FREUND

Ob es mir etwas ausmache, wenn sie drei unentschuldigte Fehlstunden habe, wollte meine fünfzehnjährige Tochter von mir wissen. Naja, kommt drauf an, war meine Antwort. Ich höre ja zu den glücklichen, angeblich nur im Märchenbuch existierenden Vätern, deren Kinder ihr ganzes Schulleben lang ihre Aufgaben gemacht, ihre Schularbeiten bravourös absolviert und ihre Zeit geduldig abgesehen haben. Deshalb kannte ich bislang unentschuldigte Fehlstunden nur vom Hörensagen. Es ginge um eine Demonstration in Gmunden, erklärte mir meine Tochter. Der Freitags-Schulstreik gegen den Klimawandel. Ihre Schule gebe prinzipiell nicht frei, manche Lehrkräfte wären dagegen, manche dafür, einige sogar dabei.

Ich habe mich eigentlich für einen Menschen guten Willens gehalten. Kritisch, engagiert, sozial, ökologisch, alles, was eben so zu „grün“ dazugehört. Allerdings muss ich an dieser Stelle ein Geständnis machen: Beim Wort „Klimawandel“ habe ich bislang auf Durchzug geschaltet. Das war für mich ein Wort aus den Nachrichten, so ähnlich wie „Schul-

reform“ – das geht seit dreißig Jahren bei einem Ohr rein und beim anderen wieder raus, ohne die Gehirnwindungen zu belasten. Einfach, weil man es zu oft gehört hat, um noch daran glauben zu können. An die Schulreform glaube ich ehrlich gesagt noch immer nicht. Mit dem Klimawandel habe ich mich aber durch die Initiative der Kinder eingehend beschäftigt. Wenn man das macht, ist man zwangsläufig erschüttert. Und kann mit dem deutschen Pfarrer und ehemaligen Politiker Ulrich Kasparick allen Skeptikern nur zurufen: „Klimawandel ist ein Fakt, keine Meinung!“ Meine Tochter hat mir dann von Greta Thunberg erzählt, von der Kasparick sagt: „Dieses Mädchen hat der Himmel geschickt.“ Wer sich ihre mutige und glasklare Rede bei der UN-Klimakonferenz anhört, diese Sprache des Herzens, diesen heiligen Zorn, kann dem nur zustimmen. Mit Tränen in den Augen.

Ob es mir etwas ausmache, wenn sie drei unentschuldigte Fehlstunden habe, wollte meine Tochter von mir wissen. Nein, antwortete ich, ganz im Gegenteil: Ich danke dir dafür.

René Freund lebt als Schriftsteller in Grünau im Almtal.